

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 7/2326 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/1498 -

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Thüringer Haushaltsgesetz 2021 -ThürHhG 2021-)

Erhalt der Rückkehrfähigkeit statt Integrationsmanagern auf Kosten des Thüringer Steuerzahlers

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

Die Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses zur Änderung des Einzelplans 08 werden wie folgt geändert:

Kapitel/ Titel	FZ	Zweck- bestimmung	Ansatz nach Gesetzent- wurf und Beschluss- empfehlung in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	Neuer Ansatz in Euro
08 10/ 633 02	291	Maßnahmen der Arbeitsförderung, der sozialen In- tegration und der Armutsprävention Maßnahmen zur Integrationsförde- rung im Rahmen des Integrations- konzepts	860.000	- 860.000	0

Die Verpflichtungsermächtigung (VE) wird wie folgt geändert:

Verpflichtungsermächtigung

	2021		
	VE nach Gesetzent- wurf und Beschluss- empfehlung in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	Neuer Ansatz in Euro
Betrag:	1.720.000	- 1.720.000	0
Davon fällig			
2022 bis zu	860.000	- 860.000	0
2021 bis zu	860.000	- 860.000	0

Begründung:

Das Konzept ist nicht zielführend, da es in der Vergangenheit weder Erfolge noch eine Erfolgskontrolle gab. Die Einsparungen werden den Rücklagen bei Kapitel 17 16 Titel 359 01 zugeführt.

Für die Fraktion:

Kießling